Freie Demokraten
FDP

Lutz Ludwig · Holtrichtersweg 22 · 46284 Dorsten

Dorsten, 25.Februar 2026

Lutz Ludwig
Ratsherr der Freien Demokraten
im Rat der Stadt Dorsten

fraktion.dorsten@freie-demokraten.de
www.fdp-dorsten.de

Holtrichtersweg 22
46284 Dorsten

Haushaltsrede des Ratsherrn Lutz Ludwig vom 25.02.2026, FDP Dorsten

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger.

Die Haushaltsreden seit dem Jahr 2012 gleichen sich verdächtig, bedingt durch die finanziellen Entwicklungen seither.
Die Realität zeigt uns immer wieder Überschuldungen unseres Haushaltes auf.
Dabei geht es letztlich nicht um den „Stein der Weisen“. Reflexartig kommen die Vorwürfe, diesen auch als FDP nicht zu haben und ja, dies ist richtig. Aber es geht um die Prozesse im Umgang mit dem Geld der Bürger.

Deswegen schauen wir im Rahmen der heutigen Haushaltsverabschiedung auf die Bedingungen, welche im Zusammenspiel zwischen dem Bund, dem Land NRW und unserer Stadt Dorsten wirken.
Warum aber ist die Betrachtung der Ebenen oberhalb unserer Kommune elementar?

Freie Demokraten
FDP

Schauen wir auf Aspekte welche aufzeigen, warum wir erneut vor einem großen Schuldenberg stehen:

Wichtig bei der Betrachtung ist das auf Bundesebene verabschiedete „Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität“.
Dieses Sondervermögen wird nach einhelliger Auffassung vieler Ökonomen nicht ausschließlich für neue Investitionen genutzt. Zum Teil werden bereits geplante Investitionen aus dem Bundes- und den Länderhaushalten ersetzt.
Bei den Einschätzungen diesbezüglich wird darauf verwiesen, dass bereits in den Haushalten für 2025 und 2026 erkennbar sei, wie geplante Investitionen aus dem Bundeshaushalt in das Sondervermögen ausgelagert werden.

Mit 500 Milliarden Euro wollte die Bundesregierung Brücken, Bahn und Schulen sanieren und die Transformation voranbringen, zusätzlich zum regulären Haushalt. Davon ist wenig geblieben. Stattdessen nutzt Schwarz-Rot das Geld, um Lücken im Haushalt zu stopfen. So muss man davon ausgehen, dass von den neuen Krediten in Höhe von 271 Milliarden Euro bis 2029 eine Summe von bis zu 133 Milliarden, also fast 50 Prozent, zweckentfremdet werden. Darüber hinaus werden tatsächlich sowohl Haushaltslöcher gestopft, als auch Wunschprojekte der Regierung wie die Mütterrente finanziert.

Gleichzeitig erhöht die Koalition andere Posten im Kernhaushalt, die zwar formell als Investitionen gelten, etwa Umschuldungen oder Rückstellungen, aber faktisch keine Infrastruktur verbessern.
Durch diese Vorgehensweise gefährden Bund und Länder die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Schauen wir nach Nordrhein-Westfalen. Wenn man hätte die Kommunen nachhaltig finanziell ausstatten wollen, so hätte bereits nach der NRW-Wahl 2022 umgehend die Möglichkeit zur Einführung einer Altschuldenregelung bestanden. Zunächst hat der Ministerpräsident auf eine Zusage zur Übernahme von Schulden seitens des Bundes vergebens gewartet, da das Finanzministerium,

seiner Aussage nach, von einem blockierendem FDP-Minister geführt wurde. Nun ist es seit Monaten der sehr schwierige SPD-Minister.
Zu Beginn dieses Jahres schmeißt man unserer Stadt dann 30 Millionen Euro auf den Tisch.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Eine nachhaltige Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik kann nicht darin bestehen, dass das Land blind Schulden übernimmt, ohne zugleich verbindliche Regeln für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik aufzustellen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass mit ihren Steuergeldern effizient und verantwortungsbewusst umgegangen wird.
Wo bitte ist das verantwortliche Handeln zu erkennen, eine klare und langfristig tragfähige Regelung mit dem Bund zu finden. NRW darf sich nicht auf Kosten künftiger Generationen weiter verschulden, ohne strukturelle Reformen vorzunehmen!“

Die Vorgehensweise lässt erkennen, dass man eher auf den kommenden Wahltermin in NRW 2027 und die sich diffus entwickelnde Parteienlandschaft in Deutschland schaut, als auf die Verantwortung gegenüber den Bürgern.

Eine bloße Schuldenübernahme ändert nichts daran, dass viele Kommunen in NRW strukturell unterfinanziert sind. Ohne eine klare Reform der Kommunalfinanzen bleibt die aktuelle Maßnahme nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Kommunen haben 2024 in den ersten drei Quartalen 12-mal mehr neue Kassenkredite angehäuft, als mit der Altschuldenhilfe jährlich abgetragen werden können.

Unsere Kommune benötigt einen angemessenen Anteil an den Steuereinnahmen des Landes, um dauerhaft finanziell handlungsfähig zu bleiben. Zudem müssen finanzielle Hilfen an klare Reformauflagen geknüpft sein, etwa an eine verbindliche Begrenzung von Kassenkrediten und eine effizientere Verwaltungsstruktur.

Freie Demokraten
FDP

Kommen wir damit nun zu Stadt und Kreis.

Das Gros unserer Verschuldung, gleich ob nun am Ende 26 Millionen in der Stadt, oder letztlich 91 Millionen im Kreis, wird verursacht durch Gesetzgebungen der jeweiligen Regierungen. Nach wie vor werden Mittel zur Haushaltsdeckung der Ausgleichsrücklage entnommen. Diese wird allerdings spätestens im Jahr 2029 aufgebraucht sein. Bereits heute können wir uns somit mit einer weiteren, erheblichen Steigerung der Haushaltsunterdeckung vertraut machen. Der Aussage des Kreisdirektors folgend, planen die zehn Städte im Kreis für das kommende Jahr mit einem Haushaltsdefizit von mehr als 200 Millionen Euro. Die großen Kostentreiber hierbei sind der Sozialbereich, die Personalkosten, sowie Investitionen in die Cybersicherheit.

Wenn an den seit Jahrzehnten bestehenden Strukturen, an den Denk- und Handlungsweisen keine gravierenden Veränderungen vorgenommen werden, werden wir bedingt durch die gesellschaftlichen Veränderungen und starken Verwerfungen außerhalb unseres Landes, welche zum Teil erheblichen Einfluss auf uns haben, die Spirale immer weiter abwärts drehen.

Die Entscheidungen der Legislative sind nicht vom Himmel gefallen. Die politisch Verantwortlichen sind diejenigen, die Gesetze und Verordnungen auf den Weg bringen. Jenseits unseres Grundgesetzes lässt sich das Allermeiste demnach ändern.

Und wenn auf Berlin und Düsseldorf gezeigt wird so lässt sich feststellen, dass die dort befindlichen und handelnden Personen nicht von einem fremden Planeten gekommen sind. Nicklas Kappe und Lars Ehm, für die CDU im Bundestag, Sandy Meinhardt für die SPD im Landtag, sind Menschen aus unserer Mitte. Sie waren hier in Dorsten politisch tätig, oder aber in der kommunalen Spitzenverwaltung. Wissen also, welche Auswirkungen Gesetze und Verordnungen auf die Kommunen haben.

Freie Demokraten
FDP

Selbstverständlich wird man jedoch auch hier vor Ort die Frage zu beantworten haben, in welchem Maße im Rahmen unserer haushalterischen Defizite Einsparungen erzielt werden können, um all die geplanten Vorhaben umzusetzen.

21 Millionen Euro für ein technisches Rathaus, ohne Parkdeck, 350 Tausend Euro zusätzlich für den Jahnsportplatz, bei welchem man „übersehen“ hat, dass die Rasenfläche schief ist und Flutlicht in der dunklen Jahreszeit die Nutzung des Platzes erleichtert, nur zwei von deutlich zu hinterfragenden Aspekten. Ebenso kann man auf das Mobilitätskonzept schauen. 500 EURO pro Meter Radweg, ergeben bei einer Strecke von ca. 14Km Länge zwischen Lembeck und Dorsten Mitte eine Summe von 7 Millionen EURO. Ökologische Nachhaltigkeit schlägt an dieser Stelle Generationengerechtigkeit im Hinblick auf finanzielle Gestaltungskraft der Zukunft.

Die Einnahmen der Gewerbesteuer, sowie der Grundsteuer B, sind entscheidende Steuerinstrumente einer Kommune. Zumindest der Zugriff auf steigende Einnahmen der Gewerbesteuer werden aktuell nicht mehr realisierbar sein, da die Entwicklung der Wirtschaft deutlich stagniert.

Wer nun meint, wir würden eben auch in besonders schwierigen Zeiten leben, blendet Vergangenes anscheinend aus.
Kalter Krieg, Ölkrise, RAF, Jugoslawienkrieg , um nur wenige Spannungsfelder zu nennen, mit welchen Politiker zurückliegender Jahrzehnte umgehen mussten.

Seit dem Jahr 2000 sind SPD und CDU in Verantwortung, mit den Nebenrollen für Grüne und FDP. Dies sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene. Zwei Mal CDU und zwei Mal SPD in Berlin, drei Mal SPD und zwei Mal CDU in Düsseldorf.
Stabilität ist unter diesen Regierungen letztlich zum Fremdwort geworden. Die tatsächliche Situation kaschiert man mit Millionen und Milliarden.

Freie Demokraten
FDP

Die Finanzierung dieses Systems wird aufgrund des demographischen Wandels in dieser Form nicht haltbar sein, aber alle machen weiter wie bisher.
Warum das Ganze? Weil das Versprechen dem Bürger etwas zu geben natürlich erheblich dankbarer aufgenommen wird, als dem Bürger zu sagen, dass man sich Erhebliches nicht mehr leisten kann. Ein Schelm, wer da politischen Einfluss und Mandate schwinden sieht.

Immer mehr Staat und immer mehr Ressourcen sind nicht die Lösung, sondern mehr Wirkung zu erzielen mit den vorhandenen Mitteln.
Das heißt, ohne strukturelle Veränderung werden wir nicht auf den besagten grünen Zweig kommen, weswegen wir seitens der Liberalen diesen Haushalt ablehnen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
Für die Freien Demokraten in Dorsten

Lutz Ludwig
Ratsherr im Rat der Stadt
Dorsten, 25.02.2026